

Durch Mikrokredite in die Schuldenfalle

Der Mikrofinanzboom in Kambodscha führt zu massenhafter Überschuldung und Menschenrechtsverletzungen

Mathias Pfeifer

Ende der 1990er-Jahre wurden Mikrokreditprogramme als Wundermittel zur Armutsbekämpfung propagiert und seither mit tatkräftiger Unterstützung westlicher Entwicklungsbanken und privatwirtschaftlicher Investoren in vielen Ländern des Globalen Südens verbreitet. In Kambodscha leiden heute Hunderttausende Mikrokreditnehmer*innen an den Folgen der Mikrokredit-Überschuldungskrise: erzwungene Landverkäufe, Ernährungsunsicherheit, Kinderarbeit und Schuldknechtschaft.

Mikrokreditprogramme wurden ursprünglich zumeist von Nichtregierungsorganisationen ins Leben gerufen mit dem Ziel, Armut durch Hilfe zur Selbsthilfe und die Förderung von Kleinstunternehmertum zu mindern. Im Laufe der 2000er-Jahre hat sich der Mikrofinanzsektor schließlich zu einer äußerst profitablen Multimilliarden-Dollar-Industrie entwickelt. Mikrokredite werden heute zumeist von spezialisierten Kreditinstituten (Mikrofinanzinstituten, MFI) vergeben, die privatwirtschaftlich organisiert und profitorientiert operieren. 2017 umfasste der globale Mikrofinanzmarkt ein Kreditportfolio von über 100 Mrd. US\$. Im weltweiten Durchschnitt liegen die Jahreszinsen für Mikrokredite bei rund 20 Prozent – und bringen damit satte Profite für die MFI und staatliche und private Investoren ein. Belastbare wissenschaftliche Nachweise für den nachhaltigen Nutzen der Mikrokreditprogramme für die Armutsbekämpfung gibt es kaum. Systematische Metastudien zeigen, dass Mikrokredite – wenn überhaupt – nur sehr geringe positive Wirkungen erzielen.¹ Dennoch werden MFI auch weiterhin im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit und von sogenannten ethischen Investoren aus Europa und Deutschland finanziert.

Kambodscha: Überschuldungskrise in einem der weltweit größten und profitabelsten Mikrofinanzsektoren

Menschenrechte werden durch den Mikrofinanzboom mitunter gefährdet.² Kambodscha ist dabei kein Einzelfall. Immer wieder kommt es zu Mikrofinanzkrisen, etwa 2007–2010 in Marokko, 2008 in Nicaragua und 2010 im indischen Bundesstaat Andhra Pradesh. Solche Krisen haben oft verheerende Folgen für die Menschen, wie die Welle schuldengetriebener Selbstmorde in Andhra Pradesh verdeutlicht.

In Kambodscha wuchs der Mikrokreditsektor im vergangenen Jahrzehnt mit rasanter Geschwindigkeit. Ende 2020 umfassten die 2,8 Millionen ausstehenden Mikrokredite in Kambodscha insgesamt 11,8 Mrd. US\$. Die durchschnittliche Höhe dieser Mikro- und Kleinkredite liegt bei 4.280 US\$ – eine gewaltige Summe für die meisten Kambodschaner*innen. Die Mehrheit dieser Mikrokredite ist mit Land besichert und wird für Konsumzwecke verwendet – und nicht etwa für einkommensschaffende oder landwirtschaftliche Aktivitäten. Viele Haushalte leiden unter den aggressiven Kreditvergabe- und Inkassopraktiken und den hohen Zinsen. Zwischen 28 und 50% der kambodschanischen Mikrokreditnehmer*innen sind laut einer unveröffentlichten Studie aus dem Jahr 2017 überschuldet oder von Überschuldung bedroht.

Menschenrechtsverletzungen durch Mikrokredit-Überschuldung

Mehrere anerkannte kambodschanische Menschenrechtsorganisationen haben seit Mitte 2019 wiederholt Untersuchungen durchgeführt und veröffentlicht, welche die menschenrechtlichen Folgen dieser Überschuldungskrise aufzeigen.³ Im ganzen Land werden Kreditnehmer*innen von MFI und Banken, die dabei eng mit den lokalen Behörden zusammenarbeiten, bedroht und eingeschüchtert, um die



fristgerechte Rückzahlung der Darlehen sicherzustellen. Durch die weitverbreitete Praxis der Einziehung von Landtiteln als Sicherheit verfügen die Mikrokreditanbieter über ein enormes Druckmittel: In den hochverschuldeten Haushalten wird an den ohnehin knappen Nahrungsmitteln gespart; Familienmitglieder müssen in die Städte oder ins Ausland migrieren; und Kinder und Jugendliche werden aus der Schule genommen, um zu arbeiten und bei der Rückzahlung der Kredite zu helfen. Schließlich kommt es auch zu schuldengetriebenen und außergerichtlich erzwungenen Landverkäufen. Einigen Familien gelingt es nicht mehr, der Schuldenfalle zu entkommen. Sie werden in die Schuldknechtschaft getrieben, häufig in Ziegeleien, in denen mehr als 10.000 Menschen schuften, darunter viele Kinder. Durch die COVID-19-Pandemie hat sich die Situation für viele Kreditnehmer*innen nochmals deutlich verschärft, während die kambodschanischen MFI und Banken Rekordgewinne einfahren. Auf die vorgebrachte Kritik der Menschenrechtsgruppen reagierten die Regierung und die Mikrofinanzindustrie in Kambodscha mit Einschüchterungsversuchen und Drohungen.

Deutsche Entwicklungsbanken und private Investoren sind mitverantwortlich

Die meisten der marktführenden kambodschanischen MFI und Banken, welche für systematische Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, werden u. a. von den deutschen Entwicklungsbanken KfW und DEG finanziert – entweder direkt oder über Mikrofinanzfonds wie beispielsweise die Microfinance Enhancement Facility (MEF), an der auch das Bundesministerium für Entwicklung (BMZ) mit rund 100 Mio. € beteiligt ist. Bei solchen sogenannten strukturierten Fonds soll durch eine Risikoübernahme durch öffentli-

che Gelder zusätzliches privates Kapital angelockt werden. Tatsächlich hält sich diese propagierte Hebelwirkung jedoch stark in Grenzen. Gewinne macht der Fonds mit dem Mikrokreditgeschäft allerdings durchaus: Mindestens 350 Millionen US\$ flossen an Zinsen und Gebühren seit der Gründung 2010 aus verschiedenen Ländern des Globalen Südens an den MEF-Fonds zurück.

Auch private Anleger*innen aus Deutschland sind etwa über die Investitionen „nachhaltiger“ Mikrofinanzinvestoren an der Finanzierung des Mikrofinanzsektors in Kambodscha beteiligt. Zu den größten privaten Investoren, über die Geld aus Deutschland an marktführende kambodschanische MFI fließt, gehören Oikocredit, die Triodos Bank und Invest in Visions.

Die deutschen Entwicklungsbanken und „ethischen“ Mikrofinanzinvestoren schieben die Verantwortung für die Probleme in Kambodscha zumeist von sich, oft mit dem Verweis auf die – leider völlig ungenügende – freiwillige Selbstregulierung des Sektors. Die deutsche Bundesregierung lässt zwar mittlerweile verlauten, dass sie die Kritik der Menschenrechtsorganisationen ernst nehmen und genauer untersuchen wolle, Ergebnisse und die Umsetzung konkreter Schritte stehen aber noch aus.

- 1 Duvendack, Maren und Philip Mader (2019): Impact of financial inclusion in low- and middle-income countries: a systematic review of reviews. In: Campbell Systematic Reviews, 2019;15:e1012. <https://online-library.wiley.com/doi/epdf/10.4073/csr.2019.2>.
- 2 Cramer, Sophia (2021): Mikrokredite menschenrechtlich beleuchtet: Zaubermittel oder Armutsfalle? FIAN Fact Sheet 2021/1. Köln. https://fian.de/wp-content/uploads/2021/06/Factsheet_Mikrokredite_2021.pdf
- 3 Siehe z.B. LICADHO & Equitable Cambodia (2021): Right to Relief: Indebted Land Communities Speak Out. <https://mficambodia.com/?lang=de>



Mathias Pfeifer ist Südostasien-Referent bei der deutschen Sektion der internationalen Menschenrechtsorganisation FIAN und Autor der Studie *Mikrokredite und Überschuldungskrise in Kambodscha - Landverkäufe, Hunger und Kinderarbeit in Folge von Überschuldung*, verfügbar auf www.fian.de.



Dieser Text ist Teil des

Rundbrief Forum Umwelt & Entwicklung, Ausgabe 1/2022

WAS KOSTET DIE WELT?

NACHHALTIGKEIT BRAUCHT GERECHTE FINANZSYSTEME



Zum Download weiterer Artikel und des gesamten Rundbriefs:
<https://www.forumue.de/hintergrundanalyse/rundbriefe/>